

Schilddrüsenkrebs in Fukushima bei 12 Personen unter 18 Jahren festgestellt, bei weiteren 15 Fällen besteht der Verdacht darauf 【Kyodo】

<http://www.47news.jp/CN/201306/CN2013060401002544.html>



Hokuto Hoshi, Vorsitzender des Gesundheitsuntersuchungskomitees der Präfektur Fukushima bei der Pressekonferenz am 5.Juni in der Stadt Fukushima

Das Gesundheitsuntersuchungskomitee der Präfektur Fukushima, welches Strahlenfolgen durch den Reaktorunfall von Fukushima Daiichi der Tepco untersucht, hat am 5. 6. (2013) eine Sitzung abgehalten, dabei wurde berichtet, dass die Zahl der Personen, bei denen Schilddrüsenkrebs festgestellt wurde, seit der letzten Bekanntgabe von 9 auf 12 gestiegen ist. Darüberhinaus sollen 15 weitere „Krebs-verdächtige“ Fälle festgestellt worden sein.

Bei der Schilddrüsenuntersuchung wurden ca. 360 000 Kinder und Jugendliche, die zur Zeit des Reaktorunfalls unter 18 Jahre alt waren, untersucht. Auf der Pressekonferenz wurde von der Medizinischen Hochschule der Präfektur Fukushima, welche hauptverantwortlich für diese Untersuchung ist, über die Ergebnisse sowie Details der ersten Untersuchung von ca. 174 000 Personen berichtet.

Bei der letzten Untersuchung im Februar waren vom Komitee 3 Krebs-Fälle

festgestellt worden, Verdacht wurde für weitere 7 weitere Fälle geäußert.

Der Vorstandsvorsitzende des Untersuchungskomitees, Hokuto Hoshi, verkündete auf der Pressekonferenz, dass „zu jetzigem Zeitpunkt diese Zahlen nach seiner Erkenntnis keine deutliche Indizien dafür seien, dass die Fälle auf Folgen radioaktiver Strahlung zurückzuführen sind“.

Großes Erdbeben im Ostjapan: 12 Kinder haben Schilddrüsenkrebs. Der Zusammenhang mit dem Reaktorunfall wurde geleugnet. Das Untersuchungskomitee hält eine Untersuchung in größerem Rahmen für notwendig / Fukushima

Mainichi Online-Zeitung am 6.6.2012, gesendet um 14 Uhr 45

<http://headlines.yahoo.co.jp/hl?a=20130606-00000134-mailo-l07&p=1>

Von 175 499 Personen, die die erste Untersuchung absolvierten, haben 12 Kinder Schilddrüsenkrebs. Ein Verdacht darauf besteht bei weiteren 15 Kindern. So berichtete das Untersuchungskomitee der Präfektur Fukushima auf der Pressekonferenz, die am 5. 6. in der Stadt Fukushima stattfand. Die meisten Komiteemitglieder leugneten erneut den Zusammenhang zwischen diesen Schilddrüsenkrebs-Fällen und dem Reaktorunfall, während die neu hinzugekommenen Komiteemitglieder darauf hinwiesen, dass „die Zentralregierung in anderen Präfekturen eine Untersuchung größeren Maßstabs veranlassen sollte“, da es bisher keine anderen Untersuchungsergebnisse gab, die mit diesen Ergebnissen in Fukushima verglichen werden könnten. 【Shinichi Awata, Masashi Yomogida】

„Ich bin überrascht darüber und hätte mir nicht vorgestellt, dass unter ca. 170 000 untersuchten Personen 40 bis 50 % in ihren Schilddrüsen Zysten haben“, so fasst Kazuo Shimizu, Professor der Medizinischen Hochschule Nihon und neues Mitglied des Untersuchungskomitees, auf der Pressekonferenz nach dessen Sitzung seine Eindrücke zusammen und fügte noch rasch hinzu: „Es spielt dabei wohl eine Rolle, dass es bisher keine so groß angelegte Untersuchung mit Kindern gab“.

Das Umweltministerium führte zwischen November 2012 und März 2013 in drei

anderen Präfekturen – in Aomori, Yamanashi und in Nagasaki – bei insgesamt 4 365 Personen Schilddrüsen-Untersuchungen durch. Dabei verwendete man die gleiche präzise Technik. Das Fazit der Ergebnisse: Die Relation der gefundenen Zysten und Knoten ist „fast gleich“ wie in der Präfektur Fukushima.

Professor Shimizu forderte dennoch auf der Sitzung vom Untersuchungskomitee: „Diese Zahl der untersuchten Personen reicht nicht aus. Die Zentralregierung soll die Untersuchung in größerer Dimension durchführen“. Der leitende Angestellte des Umweltministeriums fehlte in dieser Sitzung, und ein zuständiger Angestellter desselben Ministeriums wies klar und deutlich darauf hin, dass freiwillige Untersuchungen außerhalb des Unfallsortes nur begrenzt möglich seien, und dass „zur Zeit keine weiteren Untersuchungen beabsichtigt“ seien, was bei einigen Komiteemitgliedern Unzufriedenheit hervorrief.

Die Sitzung des Untersuchungskomitees begann mit der Wahl des neuen Vorstandsvorsitzenden, als Nachfolger des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Shun'ichi Yamashita (Universität Nagasaki), da dieser in Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit kritisiert wurde. Einstimmig wurde Hokuto Hoshi, Vorstandsmitglied des Ärzteverbandes der Präfektur Fukushima, als neuer Vorstandsvorsitzender gewählt. Hoshi betonte in der Rede zu seinem Amtsantritt, dass er „das Vertrauen der Einwohner“ zurückgewinnen wolle. So waren in den Presseunterlagen, die den Zuhörern und der Presse veröffentlicht wurden, Informationen zur Distribution von Gemeinden dabei, in denen Kinder als Schilddrüsenkrebs diagnostiziert wurden oder zumindest als verdächtig festgestellt wurden. Dies zeigte den Willen des Untersuchungskomitees zu Transparenz.

Alledings leugneten die Komiteemitglieder, darunter auch der Vorstandsvorsitzende Hoshi, den Zusammenhang zwischen den Untersuchungsergebnissen und dem Reaktorunfall – dies sei „nicht klar indiziert“. Sie wiesen darauf hin, dass nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 erst nach vier Jahren Schilddrüsenkrebs gefunden worden sei. Andere Mitglieder behaupteten zwar auch einstimmig, dass „die Schilddrüsenkrebs-Fälle, die jetzt gefunden worden sind, schon vor dem Reaktorunfall vorhanden“ sein könnten. Dennoch räumten sie ein, dass die Zusammenhänge zwischen dem Zustand in den Schilddrüsen und der Strahlendosis untersucht werden

müssten, da das nächste Jahr das vierte Jahr nach dem Unfall sein wird.

Ebenso wurde berichtet, dass zwischen dem für Experten selbstverständlichen Wissen und dem Bewusstsein bei der Bevölkerung eine tiefe Kluft bestehe. So sollen über 60 % der Einwohner in der Präfektur Fukushima auf die Fragen nach den Folgen der diesmaligen Verstrahlung für kommende Generationen geantwortet haben, diese seien „erheblich“ bis „sehr erheblich“. Dazu bemerkten die Komiteemitglieder: „In Hiroshima, Nagasaki und Tschernobyl geht man davon aus, dass genetische Folgen ‚nicht vorhanden‘ sind. Die Einwohner irren sich ungemein“. Shuji Shimizu, Professor für die Betriebswirtschaft der Universität Fukushima, der zum neuen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden gewählt wurde, erwähnte kurz, dass er „unter den Komiteemitgliedern der einzige Sozialwissenschaftler“ sei, verwies aber mahnend darauf, dass man „die Jahresdosis von 100 mSV als Maßstab für die Sicherheit benutze, obwohl die Präfektur-Bewohner dies anders empfinden. Da möchte man doch das als selbstverständlich geltende Expertenwissen bezweifeln.“